

SVP *ja*

SVP
UDC

Die Zeitung des Mittelstandes

An die Urnen!

Am kommenden 24. September werden wir über das neue Ausländergesetz sowie über das neue Asylgesetz abstimmen. Diese Gesetzestexte tragen den bisher gemachten Fehlern Rechnung und nehmen die sich aufdrängenden Korrekturen vor. Weshalb wir zu diesen beiden wichtigen Vorlagen unbedingt JA sagen müssen und warum eine grosse Stimmbeteiligung wichtig ist, erklärt Ihnen Vizepräsident Yvan Perrin auf den **Seiten 4 - 5**



Ein untauglicher Vorschlag!

Seite 6

Ständerat Christoffel Brändli zur Initiative "Nationalbankgewinne für die AHV" (KOSA)

Für einen gesunden Staatshaushalt

Seite 8 - 9

Nationalrat Bruno Zuppiger präsentiert die 10 Gebote des neuen SVP-Finanzpapiers

Verwaltungsdiktatur statt Demokratie?

Seite 10

Generalsekretär Gregor A. Rutz zu den skandalösen Machenschaften und Schikanen der Bundesbehörden



Menschenverachtend?

„Menschenverachtend!“ - dieses Wort macht die Runde. Wer sparsam mit dem Steuerfranken umgeht und nicht jedes Wünschlein erfüllen mag, den versucht man mit dem Aufschrei „menschenverachtend!“ mundtot zu machen. Wer keine Argumente hat, versucht die Menschen mit einem Schimpfwort - heute eben „menschenverachtend!“ - einzuschüchtern und zu erniedrigen. Vielleicht hat er ja Erfolg, denn wer will schon als Menschenverächter gelten? Doch was tut jemand, der seinen Kontrahenten derart zu erniedrigen versucht? Er verachtet seinen Mitmenschen. Er ist menschenverachtend.

So geht es auch zu und her beim Ausländer- und beim Asylgesetz: „Menschenverachtend!“ ruft der Chor der Gegner mangels Argumenten. Sie zielen auf die Befürworter der Gesetzesrevision und wollen den Menschen treffen. Was denn daran menschenverachtend ist, frage ich. Beim Ausländergesetz sei es der Umstand, dass nicht alle wie Schweizer oder Angehörige der EU behandelt werden. Das sei diskriminierend! Personenfreizügigkeit sei gefordert - für die ganze Welt! Wer kommen wolle und Arbeit finde, solle kommen können und bleiben dürfen.

Schön. Aber, was bedeutet das denn für die Arbeitslosigkeit, für die Sozialwerke? Unhaltbar würden die Zustände! Solche wohl klingenden Forderungen, mit denen man sich der Öffentlichkeit als edler, offener und guter Mensch anpreist und verkauft, werden schnell als unverantwortlich entlarvt. Denn was heisst das für all die Arbeitslosen? Und wohin führt eine zunehmend gefährliche Stimmung, die durch die erdrückende Belastung von Sozialwerken und Fürsorgekassen entstehen würde? Wer trüge für diese Folgen die Verantwortung? Sicher nicht diejenigen, die diese Zustände gefordert und gefördert haben. „Menschenverachtend!“ würden sie rufen, aber nicht sich selber meinen.

Vielleicht lohnte es sich für diejenigen, die das Wort „menschenverachtend!“ geradezu inflationär gebrauchen und selbstgerecht andern anhängen, selber einmal in den Spiegel zu schauen und laut auszusprechen: „Menschenverachtend!“ ◀

Bundesrat Christoph Blocher



Der SVP Geld spenden via Internet

Die Schweizerische Volkspartei lebt weitgehend von Spenden. Nur dank der finanziellen Unterstützung zahlreicher Schweizerinnen und Schweizer ist die SVP in der Lage, konsequent für eine unabhängige und neutrale Schweiz einzustehen sowie für weniger Steuern, Gebühren, Abgaben und gegen Missbräuche aller Art zu kämpfen. Jetzt kann man die SVP auch via Internet finanziell unterstützen. **Als erste Partei der Schweiz nutzt die SVP auch das Internet für die Übermittlung kleiner Geldspenden.** Es geht ganz einfach: Man wählt den gewünschten Betrag aus, registriert sich und gibt an, ob die Spende mit Kreditkarte oder über die Telefonrechnung bezahlt werden soll. Alles andere passiert automatisch. Die Spendenseite findet man im Internet unter www.svp.ch. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr Inserat im SVPja - immer ein Erfolg!



Ein KOSA-Nein bringt 7 Milliarden für die AHV

Die Sicherheit der AHV ist seit langem ein Kernanliegen der SVP. Daher hatte die SVP eine Volksinitiative eingereicht, welche die über die Jahre aufgehäuften Nationalbankgewinne vollständig der AHV zu Gute kommen lassen wollte. Mitte-Links beabsichtigte damals, das Geld über eine „Solidaritätsstiftung“ zu verschleudern. Im Unterschied zur Goldinitiative, welche der AHV 20 Milliarden Franken auf sicher gebracht hätte, trägt die KOSA-Initiative der AHV unter Umständen keinen Rappen ein (falls die Gewinne der Nationalbank kleiner als 1 Milliarde Franken ausfallen).

Die KOSA-Initiative gaukelt also etwas vor, was sie nicht halten kann. Stattdessen führt sie dazu, dass die Unabhängigkeit unserer Nationalbank gefährdet und damit unser Wirtschafts- und Arbeitsplatz geschwächt wird. Die Nationalbank müsste fortan nicht mehr nur dafür besorgt sein, dass der Franken stabil und die Inflation tief ist, sondern nebenbei noch schauen, dass genügend Gewinne abfallen, um die AHV zu alimentieren. Die Absicht ist also klar: Die Linke möchte mit der verfehlten Initiative weitere Geldquellen für die Sozialwerke erschliessen und den Sozialstaat noch mehr ausbauen. Wer aber einen Beitrag zur Sanierung der AHV leisten möchte, muss die KOSA-Initiative ablehnen.

Die Spitzen aus CVP, FDP und SVP haben sich am 12. Mai geeinigt, dass 7 Milliarden aus den verbleibenden Nationalbankreserven direkt der AHV zu Gute kommen, falls die KOSA-Initiative abgelehnt wird. Sagen Sie also Nein zu KOSA und sichern sie der AHV 7 Milliarden Franken. Oder wollen Sie Ja sagen zur KOSA-Initiative und damit in Kauf nehmen, dass die AHV leer ausgeht?

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP



Ruth Dreifuss
Alt-Bundesrätin SP Schweiz

Und so weiter, und so weiter...

Der **FETTNAUF DES MONATS** geht dieses Mal an **Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP)**. Der Herbst hält Einzug ins Land, Hand in Hand mit der nächsten obligaten Erhöhung der Krankenkassenprämien. Laut Internet-Vergleichsdienst Comparis werden die Prämien für 2007 um lediglich 3 Prozent ansteigen, im Schweizer Durchschnitt. Wirklich freuen mag man sich darob nicht. Tatsache ist, die Prämien steigen unentwegt – und das seit Einführung des KVG 1996 um über satte 65%.

Die unseligen Versprechungen und Beschwichtigungen der damaligen SP-Bundesrätin Dreifuss über die Entwicklung des KVG und dessen Kosten hallen höhnisch nach, Jahr für Jahr. Da wir ihre „Leistung“ noch heute bitter bezahlen, ist es nur richtig, Frau Alt-Bundesrätin und ihrer Partei einige Zeilen in dieser Rubrik zu widmen.

Mehr und mehr versicherte Menschen leiden unter der Kostenexplosion, die Krankenkassenprämien sind längst zu einer ernsthaften Belastung im privaten Budget geworden. Die SP bietet eine „Lösung“ an, die keine ist. Mit ihrer Idee von der Einheitskrankenkasse plant sie erneut eine Umverteilungsaktion, anstatt die wahren Ursachen der Probleme im Gesundheitswesen anzugehen. Die Prämien sind ein Abbild der Kosten. Eine Einheitskasse führt zu einer Einheitsprämie – gerade dies wäre unsozial gegenüber dem heutigen System. Die Kantone mit tiefen Prämien müssten fortan für die „teuren“ Kantone bezahlen, das Verursacherprinzip würde vollkommen ausgehebelt – und warum sollte „die Kasse“ selbst sparen? Ihre Klientel könnte ja nicht mehr wechseln... Pikantes Detail: der Ökonom Stephan Spycher erstellte im Auftrag der Befürworter der Einheitskasse eine Studie – kam jedoch in dieser zur nüchternen Feststellung, dass es der Einheitskasse nicht gelingen werde, die Armen und den Mittelstand zulasten der Wohlhabenden zu entlasten... Seither wird der Experte, der nicht das vom Auftraggeber geforderte Resultat lieferte, von der SP verschmäht.

Probleme erfordern Lösungen, keine sich selbst in den Schwanz bissenden neuen Umverteilungen und Ungerechtigkeiten à la SP. Ohne der SP zuviel Ehre antun zu wollen – man kommt nicht umhin zu glauben, die Grundversicherung wurde unter Frau Dreifuss' Ägide ganz bewusst derart überladen, um dereinst – also heute! – der Idee „Einheitskrankenkasse“ eine grössere Akzeptanz zu verschaffen. Die SVP will die Bürgerinnen und Bürger entlasten – und schlägt mit ihrer Prämiensenkungsinitiative konkrete Wege vor, das kranke, überbelastete System zu gesunden. Scheinlösungen, die den Bürger am Ende noch mehr belasten, überlassen wir den Linken.

Schluss mit der Vogel-Strauss-Politik!

Es liegt in der menschlichen Natur, sich lieber an die Erfolge als an die Misserfolge zu erinnern. Man zieht es nur allzu gerne vor, gemachte Fehler möglichst schnell wieder zu vergessen. In der Politik gibt es aber Probleme, die schwerwiegend genug sind, dass sie eine längere Periode der Null-Entscheide nicht ertragen können. Dazu gehört unsere Einwanderungspolitik. Nach Jahrzehnten des Zögerns und des Ausblendens der Probleme stehen wir heute vor einem Scherbenhaufen.

Während der Hochkonjunktur hat die Schweiz Hunderttausende von Einwanderern aufgenommen, Einwanderer, die sich mühelos integriert haben, weil sie einen Platz hatten, der auf sie wartete. Die Wirtschaft war auf ihre Arbeitskraft und ihr Mitdenken angewiesen, um das Allgemeinwohl voran zu bringen. Das System hat während Jahren einwandfrei funktioniert bis - wie es der Philosoph Jean-Jacques Rousseau so treffend formuliert hat - der „allzu grosse Andrang die Gastfreundschaft zerstört“ hat. Zusammen mit jenen Ausländerinnen und Ausländern, die in die Schweiz kamen, um hier ehrlich ihr Leben zu verdienen, trafen mehr und mehr Profiteure ein, die weniger an einer Mitarbeit am allgemeinen Wohlergehen als vielmehr an unseren Sozialleistungen interessiert waren, welche trotz einer zunehmend unsicheren Finanzierung ständig ausgebaut wurden. Weil wir zu lange die Lehre des Philosophen ausser Acht liessen und die Gesetze nicht anpassen wollten, befinden wir uns heute in einer schwierigen Situation. Der Mythos der multikulturellen Schweiz, die nach wie vor einen Platz für Einwanderungswillige bereithält, ist von der Wirklichkeit eingeholt worden.

Der Jahresbericht des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2004 spricht Bände.

Ausländer in Sozialhilfe übervertreten

Personen ausländischer Nationalität sind bei der Sozialhilfe im Verhältnis zur Gesamtheit der Bevölkerung deutlich übervertreten. 43,7 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind ausländischer Nationalität, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich 20,5 Prozent ausmacht.

Ebenfalls äusserst interessant ist der Hinweis im selben Bericht, dass die Kantone mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil (GE, VD, BS, ZH) auch höhere Ausländeranteile bei der Sozialhilfe ausweisen.

In Zahlen ausgedrückt, ergibt sich beispielsweise für den Kanton Waadt ein Anteil von 4,4 Prozent an Bürgern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Damit reiht sich die Waadt hinter dem Kanton Basel-Stadt (6,5 Prozent) und knapp vor dem Kanton Neuenburg (4,3 Prozent) ein. Unter den Empfängern öffentlicher Hilfe finden sich 52 Pro-

zent Ausländer, gleich viele wie in Genf, also mehr als jeder Zweite.

Ausländer in den Kriminalstatistiken übervertreten

Die Integrationsprobleme haben selbstredend auch einen Einfluss auf die Straffälligkeit, weil eine Person, die ihren Platz nicht gefunden hat, we-

niger Skrupel hat, für seine Bedürfnisse zu dieser Art der Selbsthilfe zu greifen. Dies umso mehr, wenn die Personen aus Kreisen stammen, in denen die Auseinandersetzung mit der Waffe nichts Verwerfliches ist. Auch zu diesem Themenkreis liefert das Bundesamt für Statistik unwiderlegbare Zahlen. Im Jahr 2005 belief sich der Ausländeranteil in den schweizerischen Gefängnissen auf 70,5 Prozent. Bei den Untersuchungshäftlingen kletterte dieser Anteil gar auf 80,7 Prozent.

Im Bereich des Drogenhandels sieht es noch schlimmer aus. Im Jahr 2005 entfielen auf



► Nationalrat Yvan Perrin, Vizepräsident SVP Schweiz, La Côte-aux-Fées (NE)

104 in der Schweiz verhaftete Drogenhändler - und zwar solche, die Drogen verkaufen und sich hüten, selber zu konsumieren - gerade einmal sechs Dealer schweizerischer Nationalität. Die Drogenhändler, die in unserem Land ihr Unwesen treiben, sind zu über 90 Prozent Ausländer. Dabei handelt es sich um Personen, die sich unter dem Deckmantel eines Asylantrags in der Schweiz aufhalten, also das Asylrecht für kriminelle Machenschaften missbrauchen.

Fehler der Vergangenheit korrigieren

All die Zahlen - ich erinnere daran, dass es sich dabei um Auszüge aus Berichten des Bundesamtes für Statistik handelt - werfen ein grelles Licht auf die Fehler, die wir in der Vergangenheit begangen haben. Während all der Jahre, in denen die eingewanderte Bevölkerung bereits mehr und mehr Mühe bekundete, sich in unserem Land zurechtzufinden, fuhren wir fort, unsere Türen immer wei-

Es ist der allzu grosse Andrang, der die Gastfreundschaft zerstört

(J.-J. Rousseau)

Die KOSA-Initiative - ein untauglicher Vorschlag

Am 12. Mai 2006 haben die Präsidenten von FDP, CVP und SVP in einem gemeinsamen Communiqué bekräftigt, dass die 7 Milliarden überschüssige Goldreserven bei einer Ablehnung der KOSA-Initiative in den AHV-Fonds fliessen und dort der AHV zu gute kommen sollen und nicht der IV.

Die SVP konnte damit in Bezug auf die Verteilung des Volksvermögens zwei gewichtige Erfolge erzielen. Die Solidaritätsstiftung wurde verhindert und CVP und FDP konnten überzeugt werden, das Volksvermögen via AHV dem Volk und nicht der IV zu Gute kommen zu lassen.

Was will die linke KOSA-Initiative?

Im Gegensatz zur Verteilung der Goldreserven, wo es um die Verteilung von früher erarbeiteten Reserven ging, befasst sich die KOSA-Initiative mit der Verteilung zukünftiger Gewinne der Nationalbank.

Der Reingewinn der Nationalbank soll in Zukunft dem Ausgleichfonds der AHV zugewiesen werden. Vorbehalten bleibt ein Anteil der Kantone von einer Milliarde Franken jährlich, wobei das Gesetz diesen Betrag der Preisentwicklung anpassen kann. Der Bund soll leer ausgehen. Was hat diese Regelung konkret für finanzielle Auswirkungen auf Bund, Kantone und AHV? Geht man von einer (hohen) Gewinnausschüttung von 2,5 Milliarden aus, so verlieren die Kantone jährlich 667 Millionen Franken, der Bund 833 Millionen Franken – die AHV würde 1,5 Milliarden Franken bekommen.

Geht man vom geschätzten (realistischeren) längerfristigen Ausschüttungspotential der Nationalbank von einer

Milliarde Franken aus, würde die AHV nichts bekommen, die Kantone würden 333 Millionen Franken mehr, der Bund 333 Millionen Franken weniger als heute bekommen.

Die Initiative löst die bestehenden Probleme nicht

Diese Zahlenbeispiele zeigen, dass die Initiative nicht Probleme löst, sondern lediglich Geld von einem Gemeinwesen auf das andere verschiebt. Dabei ist der Bund, bzw. das Volk, der grosse Verlierer. Die Einnahmehausfälle beim Bund müssen nämlich aufgrund der Schuldenbremse mit Ausgaben senkungen (allenfalls werden gar neue Entlastungsprogramme nötig) oder mit Steuererhöhungen kompensiert werden. Die AHV würde nur bei ausserordentlichen Ausschüttungen von über einer Milliarde Franken etwas bekommen!

Aufgrund dieser Situation und der Tatsache, dass die AHV längerfristig so oder so auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt werden muss, würde ein grosser Druck entstehen, bei der Nationalbank hohe Ausschüttungen vorzunehmen, um die AHV zu entlasten. Dabei ist klar, dass selbst bei hohen Ausschüttungen die demografiebedingten finanziellen Probleme der AHV ab 2015 bei weitem nicht aufgefangen werden könnten. Bis zum Jahre 2025 muss dieses Problem – wie erwähnt - grundsätzlich

angegangen werden. Man rechnet bei der AHV bis zum Jahre 2025 mit einer Finanzierungslücke von über zehn Milliarden Franken bzw. mehr als drei Mehrwertsteuerprozenten. Man streut dem Volk Sand in die Augen, wenn man ihm verspricht, die Finanzprobleme der AHV mit der vorliegenden Initiative zu lösen.

Der Name „KOSA“ (Komitee sichere AHV) ist in diesem Sinne irreführend – richtig müsste die Initiative „KOSSA-Initiative“ heissen - (Komitee scheinbare sichere AHV)!

Die AHV erhält wahrscheinlich gar nichts

Die Initianten versprechen in ihrer Propaganda jährlich Beiträge von 1,5 – 2 Milliarden Franken für die AHV. Dies widerspricht den Fakten. Das längerfristig von der Nationalbank geschätzte Gewinnpotential beträgt eine Milliarde Franken! In diesem Fall würde die AHV gemäss Initiativtext also gar nichts bekommen! Das ist die Realität.

Mit ihren „unredlichen“ Versprechungen bauen die SP und die Initianten Druck auf, damit die Nationalbank in Zukunft übersetzte Gewinne ausweisen soll. Damit werden die Unabhängigkeit und das Vertrauen in unsere Nationalbank untergraben. Dagegen müssen wir uns wehren!



► Ständerat Christoffel Brändli, Landquart (GR)

Unabhängigkeit der Nationalbank bewahren

Die Unabhängigkeit der Nationalbank sowie das Vertrauen in unsere Währung sind Grundlage der Erfolgsgeschichte Schweiz!

► Davon profitieren KMU und grosse Unternehmen mit günstigen Zinsen;

► Davon profitieren Mieter und Eigenheimbesitzer mit günstigen Mieten und Hypothekarzinsen;

► Davon profitieren letztlich auch die Rentner, weil die Kaufkraft der Währung erhalten wird.

Freuen wir uns über die Teilerfolge der SVP-Goldinitiative: Verhinderung Solidaritätsstiftung und Zuweisung von sieben Milliarden Franken in den AHV-Ausgleichsfonds! Sichern wir jetzt der Nationalbank ihre Unabhängigkeit und das Vertrauen, das sie zu unserem Nutzen weltweit genießt. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, dem Nationalrat und dem Ständerat zu folgen und die KOSA-Initiative abzulehnen. Und wenn Sie mir eine Freude machen wollen, dann tun Sie dies bitte möglichst wuchtig. ◀

Mehr SVP zur Sanierung des Bundeshaushalts nötig

Die konsequente, beharrliche Politik der SVP zeigt nach vielen Jahren erste Erfolge. Vor über zehn Jahren haben die Medien und die anderen Parteien der SVP mit nicht enden wollender Häme das Etikett der „Nein-Sager-Partei“ verpasst. Leider müssen wir heute feststellen, dass die Schulden nicht derart explodiert wären, wenn auch die anderen Parteien häufiger nein zu den vielen neuen Begehrlichkeiten gesagt hätten.

Einmal mehr bekommt die SVP nach vielen Jahren also auch in der Finanzpolitik Recht. Genauso wie zuvor in der Europa-, Asyl- und Ausländerpolitik, der Krankenversicherung, der IV....usw.

Seit mehr als zehn Jahren präsentiert die SVP jeweils jährlich ein Finanzpapier, legt die Schwachstellen in der Bundesfinanzpolitik schonungslos auf den Tisch und macht konkrete Verbesserungsvorschläge. Diese wurden in der Regel von den anderen Parteien zuerst bekämpft und dann einiges später in vielen Fällen zur eigenen Sache gemacht und umgesetzt. Doch wir müssen uns heute bewusst sein, dass wir nur ein erstes Etappenziel erreicht haben. Der positive Voranschlag 2007 verschleiert die wahre Situation des Bundeshaushalts.

Der Staat ist verfettet und braucht eine Diät

Der Finanzhaushalt des Bundes lässt sich leicht mit dem Bild eines übergewichtigen, verfetteten Individuums vergleichen, welches immer fetter wird. Zur Stärkung und zur Verbesserung der Vitalität ist eine Diät unabdingbar. Das heisst: Auf gewisse Dinge muss in Zukunft ganz verzichtet werden, für andere müssen weniger Mittel ausreichen. Damit sich der Staat nicht wieder „überfrisst“, muss die

Zufuhr der Mittel dosiert und gesenkt werden.

Jede Realitätsverweigerung ist fehl am Platz. Die Probleme sind zu lösen. Genau wie die überflüssigen Pfunde auf der Waage, zeigen auch die immer höheren Schulden am Jahresende ein tatsächliches Bild der Situation. Obwohl der Bund immer mehr einnimmt, reichen ihm die vorhandenen Mittel hinten und vorne nicht. Die Schulden steigen unaufhörlich. Der Vielfrass Staat will immer mehr unseres Einkommens in sich verleiben. Die dadurch entstandene Staatsabhängigkeit von immer mehr Bürgern macht süchtig. Neue Begehrlichkeiten und neue Forderungen gehören zum politischen Alltag. „Noch ein Bierchen, ein paar Chips.... wir sehen dann morgen weiter“, dies ist für die anderen Parteien die Devise.

Druck der SVP zeigt Wirkung

Erst unter dem permanenten Druck der SVP ist es gelungen, zwei Entlastungsprogramme zu realisieren. Erst seitdem die SVP mit zwei Mitgliedern in der Landesregierung vertreten ist, wird auch im Bundesrat konsequenter über eine Haushaltssanierung gesprochen. Aber der Bundesrat ist nicht konsequent genug. Statt wirkliche Alternativen zu prüfen, statt kompromisslos Bürger und Unternehmen zu entlasten, weichen die

meisten Regierungsmitglieder aus und üben sich in Selbstmitleid. Es werden zu wenig Prioritäten gesetzt und auf praktisch keine Staatsaufgabe wird verzichtet. Nur die SVP-Bundesräte Schmid und Blocher haben bisher bewiesen, dass es möglich ist Kosten, zu senken, ohne dass die Leistungen dadurch schlechter geworden wären.

Drei Grundsätze der SVP-Politik

Nicht mehr ausgeben als einnehmen: Was Hunderttausende in diesem Land täglich praktizieren, muss auch für den Staat gelten. Er darf nicht mehr ausgeben als einnehmen. So einfach ist das. Alles andere ist ein Verrat an der kommenden Generation. Fälschlicherweise gelten heute diejenigen als weitsichtig, die schon seit Jahren auf Kredit der kommenden Generation leben, die die Sparhefte der Jungen plündern. Wir, die darauf aufmerksam machen, sollen dagegen den Staat „zu Tode“ sparen. Wer hier wirklich ehrlich ist, wird über diese verkehrte Welt nur den Kopf schütteln.

Viel Freiheit und Selbstverantwortung statt ein überfetteter Staat: Damit unser Staat sich weiter entwickeln kann, muss er dem Bürger mehr Freiheiten und Selbstverantwortung übertragen. Ein abhängiger Bürger wird den Staat nicht stützen son-

dern ausnützen. Diese Kehrtwende hin zu mehr Eigenverantwortung ist in unserem ganzen Denken und Handeln dringend notwendig und für das wirtschaftliche Gedeihen unseres Landes unabdingbar. Die Wirtschaft muss wachsen und nicht der Staat.

Den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viel Geld lassen und Leistung belohnen: Wer mehr leistet, muss auch mehr für sich haben. Die Gleichmacherei verdrängt den Wettbewerb, sei dies am Arbeitsplatz, bei der Entlohnung oder im Steuervorteil unter Kantonen und Gemeinden. Möglichst viel Geld muss im Wirtschaftskreislauf und bei den Bürgern bleiben. Steuermittel dürfen nur für staatliche Aufgaben gebraucht werden, wenn wirklich keine andere Lösung möglich ist.

Andere Parteien sollen endlich Farbe bekennen

Die Bemühungen um eine Sanierung der öffentlichen Finanzen, der Kampf um tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren, für Vollbeschäftigung und Wohlstand müssen weitergeführt werden. Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort muss die Staatsquote gesenkt werden. Wir legen heute ein weiteres Finanzpapier vor, das den Handlungsbedarf bis zu den Wahlen aufzeigt. Wir wollen, dass der Bundesrat und die anderen Parteien vor den nächsten Wahlen Farbe bekennen. Wohin steuern wir mit unseren Finanzen? Diese Antworten müssen die Wähler kennen. ◀

**Nationalrat Ueli Maurer (ZH),
Präsident SVP Schweiz**

Steigende Schulden trotz Überschüssen in der Finanzrechnung

Für den Bund stellt schon nur die gesicherte Finanzierung der Sozialwerke eine sehr grosse Herausforderung dar. Doch damit nicht genug. Auch in verschiedenen anderen Aufgabenbereichen werden erhebliche Zusatzanstrengungen nötig sein, um den Bundeshaushalt zu konsolidieren und die immensen Schuldenberge abzubauen. So zum Beispiel bei der Sanierung der Pensionskassen des Bundes und seiner ehemaligen Regiebetriebe oder etwa bei der IV und bei der ALV. Deshalb hat die SVP nun ein 10-Punkte-Programm erarbeitet.

Immense Kosten für Eisenbahngrossprojekte

Auch die Kosten der Eisenbahngrossprojekte steigen unaufhörlich. Im Jahr 1998 bewilligten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die NEAT-Projekte einen Gesamtkredit von 30.5 Milliarden Franken. Zählt man den jährlichen Aufwand in den Staatsrechnungen zusammen, so werden die vom Volk bewilligten Kredite bereits in drei bis vier Jahren überschritten sein (selbst wenn man die Teuerung noch dazu rechnet).

Der Bund muss die Karten betreffend Finanzierung des öffentlichen Verkehrs endlich einmal offen auf den Tisch legen. Und bei so starken Kostenüberschreitungen muss das Volk die Möglichkeit haben, nochmals über die Ausgestaltung der Eisenbahngrossprojekte zu befinden.

Weiterer Schuldenanstieg voraussehbar

Seit längerer Zeit kann der Bundesrat für das kommende Jahr wieder einmal einen Vorschlag präsentieren, welcher schuldenbremsenkonform ist und mit einem Über-

schuss von ca. 900 Mio. Franken rechnet. Dieses Budget kam jedoch nicht in erster Linie durch ausgabenseitige Konsolidierungsmassnahmen zustande, sondern vielmehr durch die gegenwärtig günstige Konjunkturlage der Wirtschaft in unserem Land. Und zudem täuscht das vorgesehene Ergebnis trotz neuem Rechnungsmodell nach wie vor, denn wegen der erwähnten Ausfinanzierungsverpflichtungen wird der Gesamtaufwand in der Erfolgsrechnung wieder grösser sein als der Ertrag. Der Bund führt nämlich eine Art Buchhaltung mit „doppeltem Boden“, da weder die Sozialwerke, noch die Bundespensionskassen, noch die Eisenbahngrossprojekte vollständig über die Finanzrechnung verbucht sind. Ein unhaltbarer Zustand, der im Sinne der Transparenz unbedingt und möglichst rasch geändert werden muss.

Weitere Konsolidierungsmassnahmen dringend nötig

Auch wenn der Bundesrat gemäss Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2010 in der Finanzrechnung Überschüsse zwischen 0.7 und 1.9 Milliarden Franken erwartet, werden die Schulden in der gleichen

Periode weiter ansteigen. Hinzu kommt ein immer grösserer Druck der Sozialwerke auf den Bundeshaushalt.

Und auch die Sonderverpflichtungen aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen von Bund, Post und SBB werden hohe Kosten verursachen.

In den nächsten Jahren drohen dem Bundeshaushalt ausserordentliche Zusatzverpflichtungen in der Höhe von über 10 Milliarden Franken, welche bisher nicht in der Finanzplanung berücksichtigt sind. Zudem scheinen die Einnahmenprognosen des Bundesrates doch sehr optimistisch.

In seinen Perspektiven rechnet der Bundesrat bis 2015 mit einem jährlichen Ausgabenwachstum von drei Prozent. Wenn der Bund dieses Ziel erreichen will, wird es unbedingt nötig sein, möglichst rasch verschiedene zusätzliche Entlastungsmassnahmen im Umfang von etwa acht Milliarden Franken pro Jahr in Angriff zu nehmen. Sonst wird der Bundeshaushalt nicht zu konsolidieren sein. Die SVP hat das folgende 10-Punkte-Programm erarbeitet.



► Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

Die zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt

Die SVP fordert daher zum wiederholten Mal, dass der Bundeshaushalt so gestaltet wird, dass ein Schuldenabbau möglich ist. Der Bund muss endlich ausgeglichen wirtschaften und darf nicht länger über seine Verhältnisse leben. Denn dies ist gegenüber unseren Nachkommen unfair.

Nur mit zusätzlichen Anstrengungen ist es möglich, Schulden abzubauen und Steuern – insbesondere die Unternehmenssteuern – zu reduzieren. So gewähren wir auch den künftigen Generationen einen florierenden Wirtschaftsstandort Schweiz mit sicheren Arbeitsplätzen und ohne allzu stark drückende Steuerlast.

Aus diesem Grund hat die SVP „zehn Gebote“ aufgestellt, welche zu einer Sanierung des Bundeshaushaltes und zur Erreichung der Ziele notwendig sind:

1. Eigenverantwortung muss gestärkt werden

Privateigentum muss wieder besser geschützt werden. Die persönliche Freiheit und Unabhängigkeit muss wieder einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten. Und Leistung muss sich wieder besser lohnen und darf durch den Staat nicht noch stärker fiskalisch belastet werden.

2. Schluss mit der Schuldenwirtschaft

Der Bund darf insgesamt nicht mehr ausgeben als einnehmen. Nur so wird der Volkswille betreffend Schuldenbremse umgesetzt, und nur so können die hohen Schulden wirklich gestoppt und auch abgebaut werden.

3. Konzentration auf die Kernaufgaben

Auch der Staat muss angesichts des drohenden Ausgabenwachstums frühzeitig Prioritäten setzen und die entsprechenden Massnahmen planen und umsetzen.

4. Sanierung statt Ausbau der Sozialwerke

Die Schuldenwirtschaft bei Fonds für die Sozialwerke muss endlich gestoppt werden. Die Sozialwerke sind so zu gestalten, dass sie auch noch für die zukünftigen Generationen tragbar und finanzierbar sind.

5. Schluss mit der sozialistischen Giesskannenpolitik

Da die Mittel der öffentlichen Hand beschränkt sind, müssen sie gezielt und wirksam eingesetzt werden. Weitere Finanzierungen nach dem Giesskannenprinzip sind zu vermeiden.

6. Keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben

Bereits heute sind die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verpflichtet, mehr als die Hälfte ihres durchschnittlichen Einkommens für Steuern, Abgaben und vom Staat verordnete Gebühren aufzu-

wenden. Dies bedeutet faktisch eine schleichende Enttötung des Einzelnen.

7. Schluss mit dem Finöv-Schwindel

Die Karten müssen endlich offen und transparent auf den Tisch gelegt werden. Und das Volk muss über die Mehrkosten und Zusatzprojekte entscheiden können.

8. Entlastung des Mittelstandes

Dieser trägt im Wesentlichen unseren Staat und darf nicht länger übermässig ausgebeutet und zur Kasse gebeten werden.

9. Transparenz gegenüber den Bürgern

Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Aufgaben der Staat erfüllt und finanzieren muss, sind sie bereit, ihm die nötige Unterstützung zu gewähren. Im Notfall können sie dann auch korrigierend eingreifen.

10. Wer zahlt befiehlt - das Volk soll besser mitreden können

Man gibt das eigene Geld viel weniger schnell aus, als dasjenige, welches einem nicht gehört. Daher fordert die SVP die Einführung des Finanzreferendums. Zudem muss der Steuerwettbewerb in den Kantonen unbedingt gewährleistet werden.

Die SVP wird die Finanzpolitik und damit die Gesundung der Staatsfinanzen ohne neue Steuern, Abgaben und Gebühren in ihrem Parteiprogramm auch in Zukunft als schweremwichtig behandeln und so lange nicht locker lassen, bis der Staatshaushalt ausgeglichen ist und die Schulden auf ein erträgliches Mass reduziert sind.

Das neue SVP-Finanzpapier kann übrigens auf unserer Internetseite www.svp.ch als PDF-Dokument heruntergeladen werden. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031/300'58'58).

Verwaltungsdictatur statt Demokratie?

Die direkte Demokratie ist ein hervorragendes, aber da und dort auch komplexes Staatssystem. Die Beschränkung der Staatsgewalt und die Wahrung von Privateigentum und Privatsphäre sind in unserem Gemeinwesen von zentraler Bedeutung. Hierzu gehören die politischen Mitwirkungsrechte und damit die Wahl- und Abstimmungsfreiheit, was wiederum eine grosse Zurückhaltung seitens der Behörden in Wahl- und Abstimmungskämpfen erfordert. Dass diese Zurückhaltung in den vergangenen Jahren verschiedentlich nicht beachtet worden ist, hat die SVP mehrmals scharf kritisiert.

Bis vor wenigen Jahren war es Usus, dass die Bundesverwaltung mit sog. „Informationsbroschüren“ für Abstimmungsvorlagen geworben hat. Für die UNO-Beitrittsinitiative wurden gar im Kreise der Bundesverwaltung Unterschriften gesammelt. Einzelne Bundesräte schreckten nicht einmal vor der Teilnahme an Podiumsdiskussionen oder auch der Fernsehsendung „Arena“ zurück, um die Stimmbürger zu „informieren“.

Bundebüchlein als Teil der politischen Kampagne

Teil der politischen Kampagne von Regierung und Verwaltung war immer auch das Bundebüchlein. Ausgeglichenheit und Objektivität dieser Broschüre, welche allen Bürgern mit den Stimunterlagen abgegeben wird, haben immer mehr abgenommen. Heute ist es normal, dass etwa den Initianten oder Referendumsführern gerade einmal eine Seite zur Verfügung gestellt wird, während Bundesrat und Verwaltung auf 10-15 Seiten ihre Argumentation in extenso darlegen können.

Auch diese Unsitte der Zeit hat die SVP verschiedentlich kritisiert. Zumal das Bundebüchlein mit Steuergeldern bezahlt wird, dürfte man von

dieser Publikation etwas mehr Objektivität erwarten. Darüber hinaus ist die Angst vor der politischen Auseinandersetzung, die Angst vor dem offenen Pro und Contra immer ein denkbar schlechter Ratgeber in der Demokratie. Trotzdem: In den vergangenen Jahren haben Bundesrat und Verwaltung wenig dazugelernt.

Fristen als Schikane für Referendumskomitee

Ein aktuelles Beispiel zeigt anschaulich, wie die Abläufe vor Volksabstimmungen funktionieren: Am 12. Juli 2006 reichte das SVP-Komitee „gegen Milliardenzahlungen an die EU“ über 70'000 Unterschriften für das Referendum gegen die Kohäsionsmilliarde (Osthilfegesetz) ein. Mit Schreiben vom 19. Juli wies die Bundeskanzlei die SVP bzw. das Komitee an, den Textvorschlag für das „Bundebüchlein“ bis zum 4. August einzureichen. Die Bundesverwaltung setzte diese knappe Frist, um danach genügend Zeit für die Erarbeitung der eigenen Argumentation zu haben und das Geschäft für die Bundesratssitzung vom 23. August traktandieren zu können.

Daraufhin protestierte die SVP: Es ist „befremdend, dass

von uns erwartet wird, in der Hauptferienzeit diesen Text anzufertigen“, nur damit die Verwaltung danach Zeit und Ruhe hat, ihre eigene Argumentation auszuarbeiten. Es ist gefährlich, wenn einzig der Terminkalender der Verwaltung den Takt in der direkten Demokratie angibt. Das Protestschreiben der SVP fruchtete wenig – immerhin entschuldigte sich die Bundeskanzlerin für die knappe Frist.

Verwaltung korrigiert Argumentation

Kaum war der Text eingereicht, erreichte uns am Morgen des 10. August eine Nachricht der Bundeskanzlei:

Die zuständigen Sachbearbeiter der betroffenen Departemente hätten zu zwei Punkten des Entwurfs „Vorbehalte geäussert“. So treffe die „Behauptung, der Erweiterungsbeitrag von einer Milliarde müsse ‚weitgehend durch zusätzliche Steuern‘ finanziert werden“ nicht zu: „Gemäss Bundesratsbeschluss vom 16. Juni hat die Finanzierung des Beitrags zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU budgetneutral zu erfolgen.“ Die Steuerzahlenden würden durch diese Vorlage „nicht zusätzlich belastet“.



► Gregor A. Rutz,
Generalsekretär SVP

Zweiter Kritikpunkt der Bundesverwaltung: Es finde sich an mehreren Stellen die Aussage, der EU sei eine Unterstützung von Rumänien und Bulgarien im Umfang von 350 Millionen Franken in Aussicht gestellt worden. Dies sei aber ganz anders: Der Bundesrat habe „keine Zusage für eine zusätzliche Unterstützung dieser Länder gegeben“. Die Behauptung der SVP sei „nicht belegt“.

Aufgrund dieser Erkenntnisse bat uns die Bundeskanzlei, „die beiden Passagen aufgrund dieser Bemerkungen zu überarbeiten“. Wegen des „engen Zeitplans“ sollten die Textanpassungen innert 24 Stunden, d.h. bis zum nächsten Tag, 10h00, vorliegen.

SVP bleibt bei ihren Argumenten

Selbstverständlich hat die SVP auf diese Mitteilung nicht reagiert und ist bei ihrer Argumentation geblieben.

Ebenso wie die Zahlung von 350 Mio. Franken für Rumänien und Bulgarien angekündigt (und nicht dementiert) worden ist, liegt es auf der Hand, dass die Kohäsionsmilliarde niemals kompensiert werden wird. EVD und EDA haben sich diesbezüglich mehrmals klar geäußert. Damit müssen die Zusatzausgaben weitgehend durch zusätzliche Steuern oder Zahlungen aus anderen Departementen zusammengetragen werden – oder aber die Schulden steigen weiter an.

Die SVP hat die Bundeskanzlei freundlich darauf hingewiesen, dass sie ihre Argumente doch auf denjenigen Seiten des Bundesbüchleins vorbringen soll, die dafür vorgesehen sind. Auf ihrer (einzigen) Seite jedoch will die SVP ihre Meinung in aller Offenheit darstellen können.

Bedenkliche Entwicklung für die Demokratie

Diese Entwicklungen sind für

unsere Demokratie bedenklich. Die Ereignisse zeigen, dass Parteien und Stimmbürger gut daran tun, die Volksinitiative „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“ in aller Ernsthaftigkeit zu prüfen. Das Risiko, dass Bundesrat und Verwaltung zu wenig Gelegenheit hätten, um zu informieren, besteht nicht. Das Risiko jedoch, dass sich unser Land von der freien Demokratie hin zur Verwaltungsdiktatur entwickelt, ist bald traurige Realität. ◀

Nicht vergessen!

Volksabstimmung vom 24.09.2006

Die Parolen der SVP:

JA zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer

JA zur Änderung des Asylgesetzes

NEIN zur Initiative „Nationalbankgewinne in die AHV“

FORUM: Mitmachen bei der SVP Internet-Gemeinde

Diskutieren Sie aktuelle politische Themen im **Internet-Diskussionsforum** der SVP auf www.svp.ch. Sie können Ihre Meinungen und Kommentare zu Themen, welche die Schweiz bewegen, wie bisher abgeben. Neu haben Sie zudem die Möglichkeit, sich für die **Online-Community**, die SVP Internet-Gemeinde, zu registrieren.



FORUM

Herzlich willkommen bei der Online-Diskussion der SVP über politische Themen der Schweiz. Diskutieren Sie mit. Klicken Sie auf das Thema Ihrer Wahl und geben Sie Ihren Kommentar ab. Wenn Sie sich für die Online-Community registrieren, bekommen Sie sogar Zugriff zum SVP-Chat und können sich hier mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Wir wünschen viel Vergnügen. Wir wünschen angeregte Diskussionen.

Wichtigste Artikel (Anmelden) oder (Registrieren) (Bilder)

Über (Gäste) online: 8 (3) Mitglieder Suchen

Neuer Beitrag

Thema	VIEWS	ARTIK.	AUTOR	NEUERSTE NACHR.
Fall Solenzai: Alles erstunken und erflogen	156	12	admin	10.07.06 09:13
Keine Schweizer Soldaten im Irak	96	5	admin	10.07.06 00:03
Landwirtschaft opfern für EU-Beitritt? + Seiten: 1 2 +	307	16	admin	10.07.06 09:46
Jugendgewalt hat einen Namen: Ausländergewalt + Seiten: 1 2 3 +	896	40	SVP Schweiz	09.07.06 22:29
Es kommt Licht in den Schengen-Skandal	87	4	SVP Schweiz	08.07.06 08:22
Asyl- und Ausländergesetz: Missbrauch stoppen	122	8	admin	07.07.06 23:48
Einbürgerungsdiktatur	319	13	admin	06.07.06 10:29
85 Prozent der Vergewaltigten sind Ausländer + Seiten: 1 2 +	348	22	admin	04.07.06 23:48
Agrarpolitik: Chancen für Verbesserungen nutzen	26	0	admin	04.07.06 14:03
Autobahn A1 mit sechs Fahrspuren + Seiten: 1 2 +	443	20	SVP Schweiz	03.07.06 19:03
Nein zur ökologischen (72) - Umweltministerin	190	6	SVP Schweiz	02.07.06 09:20

Wenn Sie sich registriert haben, können Sie neben dem Diskussionsforum auch den **SVP-Chat** benutzen und sich mit anderen Benutzern zum Chatten verabreden. Nutzen Sie diese Möglichkeiten, um interaktiv am politischen Leben teilzuhaben. Viel Vergnügen!

Missbrauch stoppen

Echten Flüchtlingen helfen.

Kobi Frei
Finanzdirektor (AR)

«Das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz geben uns die Möglichkeit, Asylmissbrauch und illegale Einwanderung konsequenter zu bekämpfen. Das macht unser Land sicherer, erspart uns jährlich Millionen an Steuergeldern. Und die humanitäre Tradition bleibt gewahrt!»

Deshalb: **Asyl- und Ausländergesetz**

2xJA

Überparteiliches Komitee für eine sichere und humanitäre Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern. www.asylgesetz-ja.ch

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch

Hotel Alpenblick Fieschertal



Gutschein

Zeigen Sie diesen Gutschein
und übernachten Sie im DZ
zum SVP-Spezialpreis von:

Fr.50.-

pro Person/Nacht

Wellness-Hallenbad-Sauna
Aromadampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3984 Fieschertal
Tel. 0279701680 Fax. 0279701685
www.hotelalpenblick.ch
alpenblick@rhone.ch

- Übernachtung mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna,
Aromadampfbad und Tiefgarage
(Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen)



Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung - Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion: Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung: Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:
Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise: Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.- Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Zofinger Tagblatt AG, ztprint, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen: siehe Adresse "**Druck**" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.ch



Gérald Nicod neuer Präsident der SVP Kanton Waadt

Der leitende Ausschuss der SVP Waadt hat am 13. Juli dieses Jahres Gérald Nicod zum Präsident der SVP Kanton Waadt gewählt. Gérald Nicod wurde am 21. September 1946 geboren, ist verheiratet, perfekter Bilingue. Er ist Elektrotechnik-Ingenieur und hat auch ein Diplom in technischer Unternehmensführung.



► Der neue Präsident der SVP Kanton Waadt, Gérard Nicod

Ein Motto ist ihm wichtig: „Wer seine Wurzeln nicht kennt, beraubt sich seiner Zukunft.“ In der Tat ist die SVP Kanton Waadt eine Partei, die der Scholle verbunden ist und es auch bleiben wird. Dies zeigt sich auch stets in der Art des Politisierens der Mitglieder und Exponenten: Hart in der Sache und verantwortungsvoll im Detail. Der Weg des guten Funktionierens und des Erfolgs der Kantonalpartei wird im Gleichgewicht zwischen den bäuerlichen Anliegen und den Wünschen der neueren Sektionen liegen.

Die drei Hauptziele des neuen Präsidenten sind folgende:

► Die erfreuliche Bilanz der SVP Waadt der letzten Jahre sichern, d.h. die Entwicklung im bisherigen positiven Sinne weiterführen.

► Gute Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien der Waadt unterhalten und allenfalls auch die Themenführerschaft im bürgerlichen Lager zu übernehmen. Ohne enge Zusammenarbeit wird es die Linke sein, welche bei den kantonalen Wahlen im März 2007 abräumen wird.

► Den politischen Dialog mit der SVP Schweiz intensivieren, damit die Waadtländer Basis die Informationen künftig nicht primär den Medien entnehmen.

Wir gratulieren Dir, Gérald, zu Deiner Motivation und der Fähigkeit, die Begeisterung auch zu vermitteln. Wie Du so schön sagst: Mehr SVP ist niemals zuviel verlangt! ◀

Nationen- und Einzelmeister der Parlamentarier Golf-Europameisterschaft

Die 12. Parlamentarier Golf-Europameisterschaft fand dieses Jahr vom 12.-14. Juli in Bled (Slovenien) statt. Am zweitägigen Turnier standen 63 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 13 Ländern am Start. Die Schweizer Parlamentarier-Delegation setzte sich aus Ständerat Maximilian Reimann (SVP AG), den Nationalräten Marcel Scherer (SVP ZG) und Hans Kaufmann (SVP ZH) sowie Ex-Nationalrat Pierre Savary (FDP VD) und Kantonsrat Hans Hutter (CVP VS) zusammen. Wie schon 2005 gewann die Schweiz den Nationenpreis, wobei der Captain der Schweizer Mannschaft, Marcel Scherer (Nationalrat SVP Zug), und Hans Hutter (Kantonsrat CVP VS) den Zweier-Teamwettbewerb gewannen. Platz zwei belegte „Europa 3“ ein polnisch/deutsches Zweierteam, gefolgt von Tschechien.

Den Einzelwettbewerb und damit den Titel des Parlamentarier-Europameisters gewann mit Nationalrat Hans Kaufmann ebenfalls die Schweiz, gefolgt von Deutschland und Tschechien. Der Einzelsieger Hans Kaufmann durfte auch den erstmals vergebenen „Paul Schmidhalter Memorial Pokal“ entgegennehmen, den die Europäischen Parlamentarier im Andenken an den leider im letzten Jahr verstorbenen Paul Schmidhalter, Nationalratspräsident von 1993 (CVP VS), stifteten. Paul Schmidhalter und Alt-Bundesrat Adolf Ogi gehören zu den Gründern dieses internationalen Golftourneys, das nicht nur dem Golfspiel, sondern auch der Pflege freundschaftlicher Kontakte unter europäischen Parlamentariern dient.

Im Namen des Golfteams der Bundesversammlung, Nationalrat Hans Kaufmann



Die letzten Sommertage - mit der trendigen **SVP-Sonnenbrille!**

..... Expl. Sonnenbrille	rot, mit CH-Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
..... Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
..... Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
..... Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
..... Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
..... Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 07 / 2006

Einen praktisches SVP-Sackmesser gewonnen haben:

Sallenbach Edi, Ebmatingen / Schelbert Damian, Rafz / Vogt Ernst, Mandach

Gesucht wurde Nationalrat Robert Keller, Pfäffikon (ZH)



Wettbewerb

Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 der neuen SVP-Feuerzeuge

**Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.**

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 15. September 2006

Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung

Die dezentrale kantonale Verwaltung soll neu in fünf Verwaltungsregionen und zehn Verwaltungskreise organisiert werden. Die fünf Verwaltungsregionen sollen zukünftig für die meisten Dienstleistungen vom Kanton Bern zuständig sein, welche dezentral angeboten werden können. Die 26 Amtsbezirke mit ihren gut funktionierenden Regierungsstatthalterämtern sollen neu auf nur noch zehn Verwaltungskreise reduziert werden.

Die Kantonsverwaltung ist heute zu einem grossen Teil in der Region Bern konzentriert. Mit der Schaffung von fünf dezentralen Verwaltungsregionen sowie zehn Verwaltungskreisen hat eine Mehrheit des Grossen Rates – gegen den Willen der SVP-Fraktion – beschlossen, die Strukturen der kantonalen Verwaltung sehr stark zu vereinheitlichen.

Aus Sicht der SVP müssen Reformen die folgenden Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen der Mehrheit von den Bürgern und Bürgerinnen, wie auch der Mehrheit der Gemeinden im Kanton Bern etwas bringen und sie müssen vor allem Kosten senken oder im Minimum kostenneutral sein. Diese beiden Kriterien werden bei der geplanten Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung klar nicht erfüllt.

Die SVP hat sich über Jahre mit allen politischen Kräften gegen dieses unsinnige Reformprojekt gewehrt und unterstützt die Gegenargumente in der Abstimmungsbotschaft der Regierung zur geplanten Reform:

► Diese Reform ist unnötig bzw. geht zu weit, da sich die bisherigen Strukturen über Jahre bewährt haben oder durch weniger tief greifende Änderungen modernisiert werden könnten.

► Aufwand und Ertrag stehen bei dieser Reform in einem schlechten Verhältnis. Die Angaben zu den Kosten und den erhofften Einsparungen sind zu optimistisch. Es ist zu befürchten, dass letztendlich grosse Mehrkosten resultieren werden.

► Der Service public im ländlichen Raum wird einmal

mehr abgebaut und damit weiter geschwächt. Es gehen Arbeitsplätze und Lehrstellen im ländlichen Raum verloren.

► Über 800 Verwaltungs-Arbeitsplätze müssen sehr kostspielig verschoben werden.

► Grössere Einheiten sind immer schwerfälliger und weniger effizient. Der Verwaltungskreis Bern Mittelland mit seinen 379'750 Einwohnern ist zu gross und dominant in der Berner Polit-Landschaft.

► Leer werdende Gebäude, insbesondere historische Schlösser, lassen sich kaum zu einem vernünftigen Preis umnutzen oder gar veräussern.

► Dem Regierungsstatthalter werden wichtige Vollzugsaufgaben entzogen.

► Der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger sowie den Gemeinden geht verloren.

► Dafür müssen teure Ombudsstellen sowie Krisen- und Katastrophen-Teams an vielen Orten aufgebaut werden.

► Dem ländlichen Raum wird klar zuwenig Beachtung geschenkt.

Aus all diesen Gründen sowie der Erfahrung mit Reformen im Kanton Bern der letzten zehn Jahre lehnt die SVP dieses Reform-Projekt klar ab. Die SVP des Kantons Bern



Kurzportrait

Der 55-jährige **Gerhard Fischer** ist wohnhaft in Meiringen. Er ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Der diplomierte Bauingenieur FH/SIA vertritt die SVP-Kanton Bern seit 2002 im Grossen Rat. Gerhard Fischer ist 1. Vizepräsident der SVP-Grossratsfraktion und Vorstandsmitglied des SVP-Amtsverbands Interlaken-Oberhasli. Seine politischen Interessens- und Spezialgebiete liegen in den Bereichen Bildungswesen, Sport, Bau, Verkehr, Energie, Finanzen, Steuern, Gesundheit, Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus, Justiz, Gemeinden und öffentliche Sicherheit. Seit 2002 ist er Zentralpräsident Baukader Schweiz, seit 2003 Vorstand des HIV Interlaken-Oberhasli und seit 2006 Obmann von BEO Holz. Er ist Verwaltungsratspräsident der Raiffeisenbank Meiringen, Verwaltungsrat der BO-HAG und Verwaltungsrat der Berther Hoch- und Tiefbau AG, Disentis.

befürwortet aber klar den Ausbau und die Modernisierung der heutigen Strukturen nach Kriterien wie Verkehrsflüssen, Standorten von Schulen und Spitälern, Wirtschaftszentren sowie kulturellen Angeboten sowie eine Überprüfung der Strukturen und Aufgaben der Regierungsstatthalter.

Stoppen wir dieses unsinnige Reformprojekt noch rechtzeitig und konzentrieren unsere Kräfte und Mittel in sinnvollere Projekte und Aufgaben. ◀

McShave
YOUR SHAVING EXPERIENCE

MEGA-DISCOUNT

Gillette
Rasierklingen
bis zu 40% günstiger

Gleich online bestellen bei www.mcshave.ch oder 041 740 43 93

Miss- brauch

STOPPPEN

*Asyl- und
Ausländergesetz*

2x⁺JA